

**Dr. Axel Berg**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellv. energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Wahlkreisbüro  
Belgradstr. 15a, 80796 München  
Tel.: (089) 39 41 80 Fax: (089) 33 02 99 06  
E-mail: [axel.berg@wk.bundestag.de](mailto:axel.berg@wk.bundestag.de)  
Homepage: [www.axel-berg.de](http://www.axel-berg.de)

## Konjunkturprogramm nachhaltig gestalten

*Berlin/München, 14.01.2009. Zum zweiten Konjunkturprogramm der Bundesregierung erklärt der Münchner SPD-Abgeordnete und stellvertretende energiepolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Axel Berg:*

Die Bundesregierung sieht sich als Vorreiter in Europa und setzt auf Investitionen in Bildung, Verkehr, Städtebau und Krankenhäuser, was grundsätzlich zu begrüßen ist. Dass ein Programm zur Abwendung einer Rezession nötig ist, haben die meisten begriffen und davon bin auch ich überzeugt. Aber bringen uns die genannten Maßnahmen dahin, die Krise auch abzuwenden?

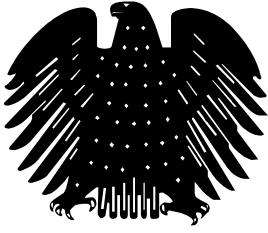
Mir fehlen vor allen Dingen die grundsätzlichen Kriterien, was dieses Paket bewirken soll und wie. Meines Erachtens sollen die Konjunktur gestärkt, Arbeitsplätze gesichert und Kettenreaktionen, die ganze Branchen mitreißen, verhindert werden. Es geht darum die Wirtschaft zu retten. Allerdings dürfen wir nicht den Fehler begehen und nun diejenigen mit Geld belohnen, die an der Krise mit Schuld tragen, ansonsten verzögern wir den Zusammenbruch nur.

Firmen, die derzeit vor allen Dingen gerettet werden sollen, nennt man gern die „nationalen Champions“. Die Bundesregierung, allen voran der Bundeswirtschaftsminister, lässt keine Möglichkeit aus, den Energieriesen oder auch der Automobilindustrie zu helfen und sie durch Gesetze zu unterstützen. Ein schönes Beispiel ist der Fall der Allianz-Versicherung. Die unternehmerische Fehlentscheidung der Allianz, ins Bank-Geschäft einzusteigen, wird mit Bürgschaften der Steuerzahler von über 18 Mrd. Euro korrigiert. Und das, obwohl die Allianz hervorragend da steht und die Dresdner Bank keine Ankerbank ist. Marktwirtschaftlich hätte sich die Commerzbank die Dresdner Bank nicht leisten können. Die Fusion ist politisch gewollt. Deswegen wurde auch nicht versucht, die Allianz als Alteiligentümer für Abschreibungen bei der Dresdner Bank haftbar zu machen.

Im Weiteren sind es vor allen Dingen die Automobilhersteller, die mit einer Abwrackprämie, einem Forschungsprogramm für nachhaltige Mobilität, Infrastrukturmaßnahmen und einer Steuerbefreiung für neue KfZ durch das Konjunkturprogramm bedacht werden. Dies verstößt gegen sämtliche Regeln der Marktwirtschaft.

Die Automobilhersteller haben trotz aller Warnungen und Selbstverpflichtungen jahrelang Umweltschutz bekämpft, die notwendige Überwindung des Verbrennungsmotors negiert und einfach so weiter gemacht wie immer. Kleinste Effizienzverbesserungen sind durch Komfort- und Sicherheitsneuerungen aufgezehrt worden. Größer und schneller war die Devise. Weil sich aber doch bewahrheitet hat, dass die Spritpreise steigen, will die Kundschaft keine Autos mehr, die zehn Liter Sprit schlucken. Deshalb bleiben die Neuwagen in den Lagern. Wegen dieser Fehlkalkulation soll nun der Staat die Automobilindustrie

**PRESSMITTEILUNG**



Dr. Axel Berg

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellv. energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Wahlkreisbüro

Belgradstr. 15a, 80796 München

Tel.: (089) 39 41 80 Fax: (089) 33 02 99 06

E-mail: [axel.berg@wk.bundestag.de](mailto:axel.berg@wk.bundestag.de)

Homepage: [www.axel-berg.de](http://www.axel-berg.de)

retten und zwar mit Steuergeldern. Wo kommen wir denn da hin, wenn der Staat sich die ganze Zeit aus den Geschäften heraushalten soll, möglichst keine Steuern erheben soll und sobald es den Unternehmen schlechter geht, in die Bresche springen und die Gewinne sichern soll?

Zudem ist die Beibehaltung des Status quo für mich nicht verständlich, gerade aus umweltpolitischer Sicht. Unsere Wirtschaftsweise mit ständigem Wachstum, casinomäßigen Gewinnerwartungen und einem unverzeihlichen Umweltverbrauch hat uns doch gerade in die finanzielle und klimatische Krise geführt. Wie können wir jetzt erwarten, dass uns ein Konjunkturprogramm, welches genau diese Wirtschaftsweise unterstützt, aus der Krise hilft? Das Konjunkturprogramm ist deswegen meines Erachtens zu kurzfristig.

Es gibt viele Aspekte, die ich unterstütze, weil sie einen Mehrwert erzeugen. Sowohl die Investitionen in die Bildung und die öffentliche Infrastruktur, hier vor allem in die energetische Gebäudesanierung, sind von langfristigem Nutzen und sparen später auch Kosten wieder ein. Eine solche Einsparung sollte eigentlich für alle Maßnahmen Pflicht sein.

Wie die neuen Schulden zurückgezahlt werden sollen, ist noch keineswegs klar. Dass sie zurückgezahlt werden müssen dafür umso mehr! Das ist eine Frage der Gerechtigkeit, sowohl zwischen den Generationen, als auch innerhalb unserer Gesellschaft. Wenn wir die Schulden nicht zurückzahlen, bürden wir die komplette Last den nachfolgenden Generationen auf, die so schon eine unglaubliche Schuldenlast drücken wird. Innerhalb der Gesellschaft wird vor allen Dingen die Schere zwischen Arm und Reich größer. Die kleinen Leute haben kein Geld, welches sie anlegen können und profitieren auch nicht von Steuererleichterungen, weil sie nämlich keine Steuern zahlen. Und dies sind rund 50% der deutschen Bevölkerung, die in diesem Programm zu großen Teilen vergessen werden. Und gerade diese Bürger würden zusätzliche Einnahmen zu 100% wieder in die Wirtschaft fließen lassen. Die Profiteure sind wieder diejenigen mit mittleren und höheren Einkommen.

Die Idee, eine Schuldenbegrenzungsklausel einzuführen, erscheint schon fast zynisch. Was soll eine weitere Verankerung im Grundgesetz und eine Beschränkung? Es gibt schon Regelungen für die Aufnahme von Krediten, gegen die aber ständig verstoßen wird. Warum sollte dies bei einem neuen Artikel nicht genauso sein? Es gibt also auch kein wirksames Instrument, welches regelt, wie die Schulden zurückgezahlt werden sollen.

Deswegen ist mir dieses Paket noch zu kurzfristig ausgelegt, nicht nachhaltig gestaltet und fördert diejenigen, die für die Krise verantwortlich sind.

PRESSMITTEILUNG